

3.6 Nachhaltigkeit, Landesentwicklung und Wohnen

Soziale Integrationsprozesse von Migrant*innen wie auch anderer Bevölkerungsgruppen sind vielfältig und finden letztlich im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld statt. Integration beruht dabei auf wechselseitigen Anerkennungs- und Lernprozessen von zugewanderter und alteingesessener Bevölkerung vor Ort. Diese Aspekte sollten bei der Ausweisung von Baugebieten oder Nutzungsformen von Flächen einfließen. Grundlage dafür sind die Raumordnungspläne. Raumordnung und Landesentwicklung befassen sich mit den unterschiedlichen Anforderungen an den Raum und den sich daraus ergebenden Konflikten und Chancen.

In die Planungsvorhaben der hessischen Regierungsbezirke ist die agah im Rahmen von Anhörungen seit längerem eingebunden. Die agah nimmt mit großem Interesse an Verfahren zur Aufstellung der Regionalpläne teil, da in diesem Prozess grundlegende Weichenstellungen stattfinden und Aspekte wie z.B. die Verknüpfung von strukturellem und demografischem Wandel und Zuwanderung berücksichtigt werden müssen.

3.6.1 Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeitsstrategie der Hessischen Landesregierung

Eine nachhaltige Entwicklung muss als selbstverständliche Voraussetzung bei allen Entscheidungen verankert werden, damit Hessen angesichts der aktuellen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenverknappung oder demografischer Wandel wirklich zukunftsfähig ist. In der Nachhaltigkeitsstrategie können alle Akteure gemeinsam an neuen Lösungen und Ideen für ein nachhaltiges Hessen arbeiten. Mit ihren zahlreichen Veranstaltungen, Themen und Aktivitäten bietet die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen Anknüpfungspunkte für verschiedenste Zielgruppen.

Ausgehend von den Themen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie startete im Jahr 2008 ein breiter gesellschaftlicher Dialog, um Schwerpunkte für die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen zu setzen. Neun Themenfelder bestimmten die Ausrichtung der Arbeit der Nachhaltigkeitsstrategie in den ersten Jahren. Für diese Themenfelder wurden noch 2008 Ziele und Indikatoren festgelegt und die ersten Projekte auf den Weg gebracht.

Diese neun ursprünglichen Themenfelder waren:

- Klimawandel und zukunftsfähige Energie
- Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
- Nachhaltige Mobilität
- Bildung, soziale Eingliederung, Demografie und Migration
- Zukunftsfähige Arbeit und Beschäftigung
- Globale Herausforderungen
- Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion
- Gesundheit und Ernährung

- Staat und Verwaltung.

Aus ihnen gingen laufende und inzwischen bereits abgeschlossene Projekte hervor.

Laufende / verstetigte Projekte:

- Hessen: Vorreiter für nachhaltige und faire Beschaffung
- Demografie gestalten: Vitale Orte 2020
- Hessen aktiv: CO 2-neutrale Landesverwaltung
- Hessen aktiv: 100 Kommunen für den Klimaschutz

Abgeschlossene Projekte:

- Gesund leben — Gesund bleiben
- Mobilität 2050
- Hessen für nachhaltiges Flächenmanagement
- Übergänge managen
- Potenziale entfalten: Bildung für Integration in Hessen
- Initiative von Anfang an — Bildung für nachhaltige Entwicklung in der frühen Kindheit
- Hessen meets Vietnam — Vietnam meets Hessen
- Hessen für nachhaltige Waldbewirtschaftung
- Hessen: Modellland für eine nachhaltige Nutzung von Elektroautos
- Artenvielfalt in Hessen — auf Acker, Weiden und in Gärten
- Energie-Forum Hessen 2020
- Hessen aktiv: 10.000 Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz
- Hessen aktiv: 100 Schulen für den Klimaschutz
- Hessen aktiv: 100 Unternehmen für den Klimaschutz

Die Nachhaltigkeitskonferenz ist das oberste Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen. Dort diskutieren Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft über Schwerpunkte und Ausrichtung der Strategie. Ziele für die weitere Arbeit werden dort definiert und konkrete Aktivitäten, wie beispielsweise die Einrichtung eines Steuerungskreises für ein neues Schwerpunktthema, beschlossen. Die Nachhaltigkeitskonferenz tagt in regelmäßigen Abständen unter Vorsitz des Ministerpräsidenten sowie der Umweltministerin. Die Steuerungskreise gestalten die von der Nachhaltigkeitskonferenz beschlossenen Schwerpunktthemen konkret aus und unterstützen in der Folge bei der Umsetzung der angestoßenen Maßnahmen und Aktivitäten. Diverse Projektgruppen entwickeln die Projektpläne und begleiten ihre Umsetzung.

Da Integration in allen Lebensbereichen stattfindet, sind nach Auffassung der agah auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie zielgruppengerechte Projekte sicherzustellen. Die agah setzte somit ihre Mitarbeit in der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen im Berichtszeitraum fort. Es handelte sich um eine arbeits- und zeitintensive Mitarbeit, für die jeweils eine Vielzahl von Sitzungsterminen wahrzunehmen war. Die agah nahm (vertreten jeweils durch ein Vorstandsmitglied bzw. eine Geschäftsstellenmitarbeiterin) im Berichtszeitraum an den Sitzungen der Nachhaltigkeitskonferenz sowie diverser Steuerungskreise und Projektgruppen teil, im Einzelnen:

14.01.2010	"Hessen: Impulsgeber für eine neue Mobilität", Sitzung der Projektgruppe
26.01.2010	"Hessen: Impulsgeber für eine neue Mobilität", Sitzung der Projektgruppe
19.02.2010	"Initiative von Anfang an", Sitzung der Projektgruppe
24.02.2010	Strategischer Koordinierungskreis der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, Sitzung
02.03.2010	"Hessen meets Vietnam - Vietnam meets Hessen", Treffen des Projektbeirats
09.03.2010	„Potenziale entfalten: Bildung für Integration in Hessen“, Sitzung der Projektgruppe
07.05.2010	"Hessen aktiv: 10.000 Bürgerinnen und Bürger für den Kli- maschutz", Sitzung der Projektgruppe
17.05.2010	Nachhaltigkeitskonferenz
22.06.2010	"Initiative von Anfang an - Bildung für nachhaltige Ent- wicklung in der frühen Kindheit", Sitzung der Projekt- gruppe
15.06.2011	Nachhaltigkeitskonferenz
02.02.2012	"Klärung des Zielindikators Bildungsgerechtigkeit", Sitzung der Arbeitsgruppe
07.03.2012	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
18.07.2012	"Vorbereitung des 2. Hessischen Tages der Nachhaltig- keit", Multiplikatoren-Treffen
15.08.2012	"Klärung des Zielindikators Bildungsgerechtigkeit", 3. AG-Sitzung
09.11.2012	Fachkommission "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) und (BEP), Sitzung
14.02.2013 17.04.2013	"Klärung des Zielindikators", Sitzung Nachhaltigkeitskonferenz
25.11.2013	"Initiative von Anfang an - Bildung für nachhaltige Ent- wicklung in der frühen Kindheit", Sitzung der Projekt- gruppe
02.04.2014	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung

06.05.2014	Nachhaltigkeitskonferenz
21.07.2014	"Biologische Vielfalt", Sitzung des Steuerungskreises
22.07.2014	"Nachhaltiger Konsum", Sitzung des Steuerungskreises
23.07.2014	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Steuerungskreises
15.9.2014	"Verbraucherbildung / Konsumentenkompetenz", Sitzung der Arbeitsgruppe
16.09.2014	"Biodiversität in der Stadt", Sitzung der Arbeitsgruppe
22.09.2014	"Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bildungssystem", Sitzung der Arbeitsgruppe
22.09.2014	"Zielgruppenspezifische BNE-Angebote in der Erwachsenenbildung", Sitzung der Arbeitsgruppe
26.09.2014	"Biologische Vielfalt", Sitzung des Steuerungskreises
01.10.2014	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Steuerungskreises
17.10.2014	"Nachhaltiger Einkauf / nachhaltige Beschaffung" Sitzung der Arbeitsgruppe
23.10.2014	"Verbraucherbildung / Konsumentenkompetenz", Sitzung der Arbeitsgruppe
10.11.2014	"Zielgruppenspezifische BNE-Angebote in der Erwachsenenbildung", Sitzung der Arbeitsgruppe
11.11.2014	"Verbraucherbildung / Konsumentenkompetenz", Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Ideenwettbewerb"
13.11.2014	"Biologische Vielfalt in der Stadt", Sitzung des Steuerungskreises
19.11.2014	"Verbraucherbildung / Konsumentenkompetenz", Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Ideenwettbewerb"
25.11.2014	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Steuerungskreises
25.11.2014	"Biologische Vielfalt", Sitzung des Steuerungskreises
26.11.2014	"Nachhaltiger Konsum", Sitzung des Steuerungskreises

13.01.2015	"Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bildungssystem", Sitzung der Arbeitsgruppe
03.02.2015	"Verbraucherbildung/Konsumentensouveränität", Sitzung der Arbeitsgruppe
05.02.2015	"Biologische Vielfalt in der Stadt", Sitzung des Steuerungskreises
04.03.2015	"Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bildungssystem", Sitzung der Arbeitsgruppe
09.03.2015	"Biologische Vielfalt in der Stadt", Sitzung der Arbeitsgruppe
17.03.2015	"Nachhaltiger Konsum", Sitzung des Steuerungskreises
24.03.2015	"Biologische Vielfalt", Sitzung des Steuerungskreises
26.03.2015	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Steuerungskreises
19.05.2015	Nachhaltigkeitskonferenz
21.07.2015	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
28.01.2016	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
13.04.2016	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
09.05.2016	Nachhaltigkeitskonferenz
21.06.2016	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
27.07.2016	"Wettbewerb Nachhaltiger Konsum", Workshop
16.11.2016	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
06.12.2016	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
15.03.2017	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
30.03.2017	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches

27.04.2017	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
24.05.2017	Nachhaltigkeitskonferenz
30.08.2017	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
14.09.2017	"Hessen aktiv: So wollen wir leben!", Nachhaltigkeitskongress 2017
17.01.2018	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
22.03.2018	"Bildung für Nachhaltige Entwicklung", Sitzung des Runden Tisches
12.04.2018	Task Force "Ziele und Indikatoren", Sitzung
03.05.2018	Nachhaltigkeitskonferenz, Jubiläumssitzung
22.08.2018	"Nachhaltige Lebensstile", Sitzung des Steuerungskreises

Klima

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Hessische Klimaempfang wird gemeinsam vom Hessischen Umweltministerium und dem Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie ausgerichtet. Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen wird dort die Möglichkeit geboten, sich zu informieren, Kontakte zu knüpfen, Kooperationen anzubahnen und sich über Ideen, Projekte und geplante Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den bereits heute stattfindenden Klimawandel auszutauschen. Die agah nahm an den Hessischen Klimaempfangen am 25.02.2010, 31.05.2012, 25.04.2013, 12.05.2015, 03.05.2016 und 25.04.2018 teil.

Verbraucher*innen

Weiterhin nahm die agah am 18.02.2011 am Workshop "Verbraucherkompetenz als Integrationsfaktor" (Veranstalter: Verbraucherzentrale Hessen) teil, war am 28.04.2015 am Parlamentarischen Abend der Verbraucherzentrale Hessen e.V. und am 25.01.2017 am Parlamentarischen Abend, "Agenda 2030 - globale nachhaltige Entwicklung und Innovation in Hessen" (Veranstalter: Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN), Engagement GLOBAL gGmbH, Hessischer Städtetag) zu Gast. Weiterhin nahmen Vertreter*innen der agah am "3. Hessischen Verbrauchertag" am 09.11.2016 (Veranstalter: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) teil, am 22.03.2016 an der Sitzung der AG 4, Leben und Wohnen des Integrierten Klimaschutzplans Hessen (Veranstalter: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), besuchten am 25.04.2018 den Hessischen Klimaempfang 2018, einen

Empfang mit Vorträgen und Austausch (Veranstalter: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie) und nahmen am 16.05.2018 an der Hessischen Ressourcenschutzkonferenz (Veranstalter: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) teil.

Forum Waschen

Noch im Jahr 2009 war am Rande einer der Projektgruppensitzungen der Nachhaltigkeitsstrategie ein Kontakt der agah zur Nachhaltigkeits-Initiative Forum Waschen entstanden. Forum Waschen ist eine Dialogplattform mit Akteuren, die sich für Nachhaltigkeit in den Bereichen Waschen, Abwaschen und Reinigen im Haushalt engagieren. Ziel von Forum Waschen ist es, das Verhalten von Verbrauchern und Industrie in Richtung nachhaltigen Konsumierens und Produzierens im Zusammenhang mit Waschen, Abwaschen und Reinigen in privaten Haushalten zu ändern und damit zur öffentlichen Meinungsbildung, aber auch zur individuellen und gesellschaftlichen Verhaltensorientierung, beizutragen. Bereits seit 2004 findet jedes Jahr rund um den 10. Mai der Aktionstag Nachhaltiges (Ab-)Waschen mit zahlreichen Aktionen in ganz Deutschland u. a. auch in Schulen statt, um auf eine ansprechende Weise zum nachhaltigen Umgang beim Waschen, Abwaschen und Reinigen zu motivieren. Im Jahr 2010 war es Anliegen des Forums Waschen, schwerpunktmäßig Migrantinnen und Migranten in den Fokus zu stellen. Sie sollten möglichst gezielt angesprochen und eingebunden werden. Ausländerbeiräte konnten sich am Aktionstag beteiligen bzw. diesen vor Ort initiieren. Das Anliegen wurde seitens des agah-Vorstandes unterstützt und die Ausländerbeiräte mit einem Rundschreiben am 26.01.2010 informiert. Auch im Jahr 2012 wurde über den Aktionstag informiert.

Folgende Termine wurden von Vertretern der agah besucht:

- | | |
|------------|---|
| 02.11.2011 | Projektteam "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen", Sitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e.V. |
| 03.02.2012 | Projektteam "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Sitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e.V. |
| 26.10.2012 | "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN", Projektteamsitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V. |
| 14.06.2013 | "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN", Projektteamsitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V. |
| 16.10.2013 | "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Jurysitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V. |
| 17.10.2013 | "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Projektteamsitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V. |

- 06.02.2014 "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Projektteamsitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V.
- 07.03.2014 "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Multiplikatorentagung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V.
- 09.10.2014 "Verbraucherkommunikation/Aktionstag" und "Spülen" im FORUM WASCHEN, Projektteamsitzung, Veranstalter: Industrieverband Körperpflege- u. Waschmittel e.V.

Aufgrund der hohen Termindichte, die von den agah-Vorstandsmitgliedern abzu- decken war, konnte die Mitarbeit im Forum Waschen nicht weiter aufrechterhal- ten werden und wurde im Jahr 2016 eingestellt. Am 28.04.2016 wurde die Abmel- dung mitgeteilt.

3.6.2 Regionalentwicklung

3.6.2.1 Regionalpläne

Die Aufgabe der Landesplanung ist es, unter anderem mittels übergeordneter Raumordnungspläne, zur Landesentwicklung beizutragen. Auf Landesebene wird die Raumordnung durch die Landesraumordnungspläne ausgestaltet, in die Raum- ordnungspläne werden für Teilräume der Länder detailliertere Vorgaben einge- stellt. Die Regionalplanung dient als regionale Raumordnung der Konkretisierung.

Eine Aufgabe der Regionalplanung ist beispielsweise die Ausweisung von für Einzel- handel vorgesehenen Flächen, entsprechend den Vorgaben der Landesplanung. Auch die Entwicklung von Siedlungsflächen gehört zu den Aufgaben. Dabei müssen demografische Veränderungen und eine Zunahme der kulturellen Vielfalt im Hin- blick auf die Ausweisung neuer Baugebiete (Siedlungsflächen) bedacht werden.

Im Berichtszeitraum fanden Anhörungsverfahren zu den Regionalplänen Mittel- und Südhessen sowie zum Teilplan Erneuerbare Energien statt.

Aufstellung des Regionalplans Südhessen; Aufstellung des Regionalplans Mittel- hessen; Aufstellung des Teilplans Erneuerbare Energien

Im Rahmen der Anhörungsverfahren zu hessischen Regionalplänen hat die agah in ihren Stellungnahmen deutlich gemacht, dass die Integration der zugewanderten Bevölkerung von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist. Demografi- scher Wandel und strukturelle Veränderungen erfordern entsprechende Zielset- zungen und die Aufnahme von Eckwerten und Vorgaben in die Regionalpläne. Bei der Ausgestaltung der Siedlungsstruktur sollten integrationspolitische Belange be- rücksichtigt werden, um eine sozial ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu sichern, Ghettobildung zu verhindern und eine nachhaltige Regionalentwicklung zu gewähr-

leisten. Anhaltspunkte, die sich dergestalt aus der übergeordneten Raum- und Regionalplanung ergeben, ziehen passende Umsetzungsschritte auf kommunaler Ebene nach sich.

Regionalplan Südhessen 2012 und Teilregionalplan Südhessen 2014

Migration, Kulturtransfer und daraus folgende positive Auswirkungen auf die Region sind nach Ansicht der agah miteinander verzahnt. Ebenso besteht zwischen demographischem Wandel und Zuwanderung ein Zusammenhang. Zuwanderung wird aus vielen verschiedenen Gründen weiterhin stattfinden: Fachkräftezug, Familienzusammenführung oder Fluchtbewegungen halten auch zukünftig an. Dies wirkt sich auf die Altersstruktur positiv aus. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund führt zu einer Zunahme insbesondere im Bereich der jüngeren Altersgruppen.

Der Aufenthalt in Deutschland wird von Zuwanderer*innen anders als noch in der sog. „ersten Generation“ nicht mehr als eine zeitlich befristete Phase betrachtet, sondern ist auf Dauer angelegt. Dauerhafte Aufenthaltsperspektiven wirken sich wiederum auf den Wunsch aus, Wohneigentum zu bilden und zu erwerben. Der Anteil der Wohneigentümer unter den Haushalten mit Migrationshintergrund ist seit Ende der 90er Jahre deutlich gestiegen.

Im Hinblick auf die Haushaltsgröße leben in Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig mehrere Kinder und weisen eine größere Anzahl von Familienmitgliedern auf. Gerade Familien mit mehreren Kindern benötigen für Bauvorhaben Siedlungsflächen. Bei der Entscheidung, wo eine Familie Wohneigentum erwerben und ein Bauvorhaben verwirklichen will, stellen auch das Vorhandensein von Schulen, Freizeitanlagen (Sportplätzen und –anlagen) und nicht zuletzt die Möglichkeit der Religionsausübung (religiöse Einrichtungen) gewichtige Faktoren dar.

Um auf kommunaler Ebene die Bedürfnisse aller Einwohner*innen zu berücksichtigen und Benachteiligungen auszuschließen, müssen integrationspolitische Belange bereits in die Regionalpläne bzw. in die Grundlagen der Raumordnung - ggf. verbunden mit erläuternden Eckwerten und Anhaltspunkten – aufgenommen werden. Damit können diese Belange in der kommunalen Umsetzung einfließen und eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Zielgruppe erreicht werden.

Die globale Erderwärmung stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Gleichmaßen gilt es, die Versorgung der Wohnbevölkerung mit Energie sicher zu stellen und auf Stromnachfrage und Stromgestehungskosten reagieren zu können. Die Gewinnung und der Einsatz erneuerbarer Energie und Energieeffizienz sind deshalb Schwerpunktthemen. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch (EEV) in den Sektoren Industrie, Haushalte und übrige Verbraucher bis 2020 auf 20 % zu erhöhen und das Ziel, den EEV bis 2020 um 20 % gegenüber 2006 zu senken, waren nach Auffassung der agah zu begrüßen. Von Beginn an hat sich die agah deshalb in den

Arbeitsgruppen der Nachhaltigkeitsstrategie auch mit Möglichkeiten, den Anteil erneuerbarer Energien in Hessen zu steigern, auseinandergesetzt und sich im Nachhaltigkeitsprojekt „Hessen aktiv: 10.000 Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz“ engagiert.

Aus der Sicht der agah wäre es zu begrüßen, wenn Gemeinden in Hessen verstärkt selbst dazu beitragen würden, erneuerbare Energien zu produzieren und zu vermarkten, entweder zum Eigenverbrauch für die Kommunalverwaltungen oder zum Verkauf an Privathaushalte. Eine solche Energiegewinnung könnte durch Photovoltaik auf Schuldächern und anderen öffentlichen Gebäuden erfolgen. Dies würde die Energiekosten für die Gemeinden nicht nur senken, sondern die Gemeinden allgemein wirtschaftlich stärken. Da der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland weiterhin ambitioniert vorangebracht werden soll, muss sich dies auch in den nationalen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien widerspiegeln. Auch in Flächennutzungsplänen müssen entsprechende Festsetzungen vorgenommen werden.

Im Hinblick auf die Regelungsgegenstände, die im Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen einschließlich des Umweltberichts im Jahr 2013 benannt wurden und diejenigen, die in der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain im Jahr 2014 enthalten waren, wurden seitens der agah keine speziellen Ergänzungs- oder Änderungswünsche geltend gemacht.

In dem Fachgespräch am 05.02.2015 in Wiesbaden "Unterbringung von Flüchtlingen in hessischen Kommunen - Zwischen Willkommenskultur und Pragmatismus", Veranstalter: LAG Migration und LAG Landesentwicklung, Stadt- und Regionalplanung und Wohnungspolitik - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen war die agah vertreten.

Im Rahmen der erneuten Beteiligung der in ihren Belangen berührten Träger öffentlicher Belange und öffentliche Auslegung des geänderten Entwurfs des Teilregionalplans Energie Mittelhessen (TRPEM) im Jahr 2015 und zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen/ Regionaler Flächennutzungsplan im Jahr 2017 wurde seitens der agah auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Regionalversammlungen

In den dafür eigens eingerichteten Regionalversammlungen Nord-, Mittel- und Südhessen wird u.a. über die Regionalpläne, mit denen die Ziele der Raumordnung und der Landesplanung für die Entwicklung der jeweiligen Region festgelegt werden, beschlossen.

Die Regionalversammlung wiederum richtet einen Planungsbeirat ein oder beruft beratende Mitglieder der Regionalversammlung. Gemäß § 19 HPLG entsendet auch

die agah ein beratendes Mitglied in die Regionalversammlung oder eine Person in den Planungsbeirat.

3.6.2.2 Metropolregion RheinMain

Die Region FrankfurtRheinMain ist eine der wirtschaftlich bedeutendsten europäischen Metropolregionen. Sie ist ein Knotenpunkt mit einer zentralen Lage mitten in Europa. "Internationalität als Alltagskultur der Metropolregion Frankfurt/RheinMain - aktuelle Herausforderungen integrativer Praxis" war der Titel einer Tagung, die vom Regionalverband FrankfurtRheinMain und der Technischen Universität Darmstadt am 24.06.2015 durchgeführt wurde und an der die agah teilnahm. Um Städte und Gemeinden, Unternehmen, Kirchen, NGO's, Gewerkschaften – die Menschen aus der Region – zusammenzubringen und um gemeinsam die Region zu einer fairen Metropolregion zu machen, fand am 18.11.2016 die Veranstaltung „Auf dem Weg zur Fairen Metropolregion- RHEIN.MAIN.FAIR“ statt (Veranstalter: Engagement Global gGmbH). Die agah war speziell gebeten worden, die Veranstaltungsankündigung weiter zu leiten, damit auch Ausländerbeiräte teilnehmen und der Internationalität eine Stimme geben. Für die agah nahm das agah-Vorstandsmitglied Julius Gomes daran teil.

3.6.2.3 LEADER

LEADER ist eine EU-Förderstrategie zur Mobilisierung und Umsetzung der Entwicklung in ländlichen Gemeinschaften. Mit der Förderstrategie soll eine Stärkung des ländlichen Raumes als Wirtschafts- und Lebensraum erreicht werden. Wesentliche Grundlage ist das Engagement der Regionen, ihrer politischen Entscheidungsträger und ihrer gesellschaftlichen Gruppierungen. Zu den formulierten Zielen gehören unter anderem:

- den demografischen Wandel aktiv gestalten und soziale Innovationen fördern,
- Bildungsbedarfe ermitteln und befriedigen,
- Stärkung der gemeinsamen Identität und des Wir-Gefühls,
- Netzwerke, Entwicklungsinitiativen und bürgerschaftliches Engagement stärken.

Für das Bewerbungs- und Auswahlverfahren in Hessen wurde eine Expertenkommission eingesetzt, in die auch die Geschäftsführerin der agah berufen wurde. Die Sitzungen fanden am 22.09.2014, am 31.10.2014 und am 24.11.2014 statt.

Die agah trat auch dafür ein, die Ausländerbeiräte bei der Umsetzung der Strategie und der regionalen Entwicklungskonzepte umfassend miteinzubeziehen.

3.6.3 Wohnen

Die Zahl der Deutschen hat in Hessen seit 30 Jahren praktisch nicht mehr zugenommen. Zuwanderer*innen leben überproportional häufig in kinderreichen Haushalten und benötigen größere Wohnungen: Migrant/innen bekommen deutlich mehr Kinder als Deutsche, im Mittel 1,94 Kinder (Stand 1999). Das Bevölkerungswachstum von 11 Prozent ist fast ausschließlich der Zuwanderung aus dem Ausland und der höheren Geburtenrate ausländischer Frauen zu verdanken (aus: Deutschland 2020, Die demographische Zukunft der Nation, Berlin-Institut, S. 73 ff).

Das Zusammenleben von alten und neuen Einwohnern bringt allgemein besondere Herausforderungen mit sich. Neben der Möglichkeit zur Erwerbsarbeit tragen die Wohnung und das Wohnumfeld entscheidend zum Gelingen von Integration bei. Die Integration neuer Zuwanderer, gleich welcher Nationalität, muss voran gebracht werden und ihre Interessen müssen Berücksichtigung finden, wobei gerade der Wohnungs- und Städtebau ein wichtiger Faktor ist.

Am 22.10.2010 nahmen Vertreter/innen der agah daher am Großstadtkongress "Hessengerecht: Die Stadt von morgen heute gestalten!" (Veranstalter: SPD Fraktion im Hessischen Landtag) ebenso wie am 13.02.2013 am Themenratschlag von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag „Was jetzt zu tun ist für Soziales, Wohnen, Integration“ teil und am 11.07.2014 an der Dialogveranstaltung "Mehrgenerationshäuser als Motor für den sozialen Wandel in den Kommunen" (Veranstalter: Landesnetzwerk der Mehrgenerationshäuser in Hessen) und brachten diverse Anregungen zu den Themen Städtebau und Integration ein.

Enquetekommission Migration und Integration in Hessen, Anhörung „Wohnraum“

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/1172 vom 29. September 2009, und auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/1159 vom 29. September 2009, hatte der Hessische Landtag in seiner 22. Plenarsitzung am 6. Oktober 2009 die Einsetzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ beschlossen. Ziel der Arbeit der Enquetekommission ist die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen für die anstehenden Herausforderungen in Hessen und die Entwicklung von Empfehlungen für das Landesparlament. Verschiedene Themenbereiche wurden von der Enquetekommission untersucht, darunter auch "Wohnraum". Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah) war zur regelmäßigen Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen mit beratender Stimme eingeladen und hatte die Möglichkeit, in den Anhörungen ihre jeweilige Position vorzutragen.

In der Anhörung der Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen" (EKM) am 25.02.2011, "Wohnraum", führte die agah aus, dass Zuwanderung aus den unterschiedlichsten Gründen auch zukünftig stattfinden wird. Neben dem demographischen Wandel und seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt spielt der

Familiennachzug dabei eine große Rolle. Die Familiensituation wirkt sich naturgemäß auf die Wohnbedürfnisse aus. Ausländische Familien weisen oftmals eine höhere Anzahl von Familienmitgliedern auf. Insbesondere leben in ausländischen Familien überproportional häufig mehrere Kinder, wenn sich auch der gesellschaftliche Kontext mit seinen seit Jahrzehnten andauernden niedrigen Geburtenraten auf Zuwanderinnen und deren Familien auswirkt. Allerdings neigen auch heute noch vor allem türkische Frauen der sogenannten „zweiten Generation“ zu einer frühen Eheschließung, die dann mit der Geburt des ersten Kindes einhergeht. Auch haben türkischstämmige Frauen - im Gegensatz zu Migrantinnen aus anderen Ländern – häufiger drei Kinder. Größere Familien mit mehreren Kindern benötigen geeignete Wohnungsgrößen. Bei der Entscheidung, wo eine Familie wohnen möchte und deshalb eine Wohnung angemietet (oder etwa ein Bauvorhaben verwirklicht) werden soll, spielen neben finanziellen Erwägungen für kinderreiche Haushalte beispielsweise auch Wünsche hinsichtlich Freizeitanlagen für Kinder oder das Vorhandensein von Sportplätzen und -anlagen eine Rolle. Nicht zuletzt stellt für viele Familien mit Migrationshintergrund auch die Möglichkeit der Religionsausübung (Vorhandensein bzw. die Nähe zu religiösen Einrichtungen) einen gewichtigen Faktor dar. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird weiterhin insbesondere im Bereich der jüngeren Altersgruppen zunehmen. Es ist notwendig, diesen sozialen Wandel anzuerkennen und nicht lediglich als vorübergehende Erscheinung anzusehen. Das Zusammenleben von alten und neuen Einwohnern bringt besondere Herausforderungen mit sich. Dabei ist der Integration neuer Zuwanderer gleich welcher Nationalität und ihren Interessen Rechnung zu tragen und ebenso den Bedürfnissen junger Familien mit Migrationshintergrund. Der komplexe Zusammenhang von demographischem Wandel, Zuwanderung und Integration macht entsprechende Weichenstellungen nötig.

Im Bereich der gesicherten Wohnungsversorgung ist die Berücksichtigung der genannten Aspekte von großer Wichtigkeit. Es ist sinnvoll, diese Überlegungen auch in der Raumplanung oder bei der Ausweisung von Baugebieten einzubeziehen. Die Möglichkeiten zur Begegnung und gegenseitigem Kennenlernen sind ebenso zu bedenken wie die Vermeidung baulicher und sozialer Ghettobildung. Die Verbindung zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Zugewanderten würde dadurch verbessert und das Zugehörigkeitsgefühl der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund zu der jeweiligen Region gestärkt.

Ein wichtiger migrationspezifischer Aspekt beim Zugang zum Wohnungsmarkt ist zweifellos der Schutz der Bewerber/innen für eine Wohnung vor etwaigen Benachteiligungen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Zum Anwendungsbereich des Gesetzes zählt etwa auch der Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum. Allerdings ist dafür Sorge zu tragen, dass Betroffene über diese Rechte informiert sind, sie kennen und wahrnehmen. Um auf kommunaler Ebene Benachteiligungen auszuschließen und gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen, ist die Aufnahme der Berücksichtigung integrationspolitischer Belange in die Regionalpläne bzw. in die Grundlagen der Raumordnung -

ggf. verbunden mit erläuternden Eckwerten und Anhaltspunkten - von großer Bedeutung. Damit könnte eine nachhaltige Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten erreicht oder auch unterstützt sowie geeignete Umsetzungsschritte herbeigeführt werden.

Für die Wohnortwahl ist eine Vielzahl von Faktoren relevant. Diese sind mit der persönlichen Situation und Ausgangslage verknüpft, etwa den Faktoren Familienstruktur und -größe. Der Aufenthalt in Deutschland wird von Zuwanderern/innen nicht mehr als eine zeitlich befristete Phase betrachtet, sondern als eine Verlagerung des Lebensmittelpunktes auf Dauer. Dauerhafte Aufenthaltsperspektiven wirken sich wiederum auf den Wunsch aus, Wohneigentum zu bilden und fördern ihn. Bei der Abwägung, wo ein Bauvorhaben verwirklicht werden soll, werden neben finanziellen Spielräumen auch Wünsche hinsichtlich Freizeitanlagen für Kinder, das Vorhandensein von Sportplätzen und -anlagen und nicht zuletzt auch die Möglichkeit der Religionsausübung Entscheidungsfaktoren darstellen. Der Anteil der Wohneigentümer unter den Haushalten mit Migrationshintergrund ist seit 1997 deutlich gestiegen. Dennoch verfügen Haushalte mit Migrationshintergrund noch über weniger Wohneigentum als die nicht zugewanderte Bevölkerung ("Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland", BAMF, S.6). Hier besteht Nachholbedarf.

Im Hinblick auf das Erfordernis Wohnraum sind Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen bzw. zwischen unterschiedlichem Aufenthaltsstatus und -grund auszumachen. Für Asylsuchende und Geduldete existiert eine gesetzlich festgeschriebene Residenzpflicht (§§ 61 AufenthG, 56 AsylVfG). Aber auch Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis gemäß §§ 22 bis 25 AufenthG (humanitäre Gründe) unterliegen oftmals einer solchen Wohnsitzauflage. Student/innen hingegen sind auf preisgünstige Wohnungen in der Nähe zur Hochschule angewiesen.

Integration findet zunehmend im Wohnumfeld statt. Das Wohnumfeld stellt neben der Arbeitswelt einen wichtigen Ort dar, an dem Integration gelingen kann. Allerdings liegen Chancen und Risiken eng beieinander: Dem Integrationsziel stehen oftmals Tendenzen der Segregation gegenüber. Unstrittig ist jedoch, dass das unmittelbare Wohnumfeld (Quartier) eine zentrale Funktion im gesamten Integrationsprozess hat. Die Möglichkeiten zu Begegnung und Kontakt als auch gegenseitigem Kennenlernen sollten in die Planung der regionalen Siedlungsstruktur daher ebenso einfließen wie die Vermeidung baulicher und sozialer Ghettobildung. Die Verbindung zwischen der Mehrheitsbevölkerung und neu zugezogenen Menschen mit Migrationshintergrund würde dadurch verbessert und die Attraktivität der Region gestärkt. Dies erfordert entsprechende Weichenstellungen. Solche Weichenstellungen auf kommunaler Ebene führen zum Bau attraktiver Wohnquartiere, die die Menschen zusammenbringen und wo Ortsfremde gern zu neuen Nachbarn werden. Dies ist ein bedeutsamer Faktor für Menschen, die einen neuen Wohnstandort suchen. Oftmals sind dies gerade Zugewanderte. Eine solche Planung trägt auch dazu bei, die Einwohnerzahl stabil zu halten. Dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt, denn mit sinkenden Einwohnerzahlen gehen zunächst die Nutzerzahlen von öffentlichen Einrichtungen, etc. zurück. Letztendlich wird davon die Attraktivität einer Gemeinde allgemein beeinträchtigt.

Zugewanderte finden sich aufgrund schlechterer Qualifikationen oft in unteren und mittleren Einkommensgruppen. Ihre Arbeitslosenquote ist besonders hoch. Da sich das verfügbare Haushaltseinkommen jedoch auf die Auswahl an Wohnungen, die für eine Familie in Betracht kommen, unmittelbar auswirkt, wohnen ausländische Familien häufig in einfach ausgestatteten Wohnungen oder in Sanierungsgebieten. Dort mangelt es oft an Spielplätzen, Erholungsräumen und sozialen Einrichtungen. Das Verkehrsaufkommen kann jedoch recht groß sein.

Der Integrationsprozess soll im Bereich „Wohnen/Wohnraum“ unterstützt werden durch: (Auszug aus dem agah-Aktionsprogramm "Integration" 2009 bis 2014):

- die Fortführung bestehender Bund-Länder-Programme (z.B. „Soziale Stadt“), deren finanzielle Aufstockung und konzeptionelle Weiterentwicklung
- landesweite Richtlinien und Vorgaben für eine integrationsfreundliche Quartiersgestaltung (inklusive eines Regulierungsinstruments zur Vermeidung einer bewusst herbeigeführten und möglicherweise auch religiös motivierten Gettoisierung). Außerdem die Ausarbeitung und Implementierung von Leitlinien für eine präventive Stadtpolitik (mit dem Schwerpunkt „Wohnen“)
- die Initiierung eines jährlichen städtebaulichen Wettbewerbes mit Auslobung eines Preises für vorbildliche und das Zusammenleben fördernde Maßnahmen („Unser Dorf soll schöner werden“ → „Unser Quartier soll integrativer werden“)
- umfassende finanzielle Förderung der Kommunen bei der Umwandlung sozialer Brennpunkte
- den Bau preiswerten Wohnraumes durch Zuwendungen an kommunale, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften zu unterstützen, damit guter und bezahlbarer Wohnraum in ausreichendem Volumen zur Verfügung steht
- die Einrichtung von Bürgertreffs finanziell zu fördern und der Bildung von Konfliktmanagement-Teams (Ombudsmann) größere Bedeutung beizumessen (auch im Kontext mit der Ehrenamtskampagne)
- die Investitionen in die soziokulturelle Infrastruktur (z.B. Kindertagesstätten, öffentliche Plätze, Spielplätze, Sportanlagen, Parks, etc.) erheblich auszuweiten
- eine rechtliche Handhabe, mit der der weitere Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes gestoppt werden kann
- eine gesetzliche Pflicht für einen jährlichen städtischen Wohnungsmarkt-Bericht, der auch Auskunft über den Wohnbereich von Beziehern sozialer Leistungen gibt
- durch Informationsmaterialien für den Wohnungsbau und die Förderprogramme. Es ist hinsichtlich seines Nutzens für Menschen mit Migrationshintergrund zu analysieren und gegebenenfalls zielgruppengerecht zu modifizieren.

Die Bitte der Schader-Stiftung Darmstadt, Informationen zu dem Preis „Soziale Stadt 2012“ weiterzugeben, der von der Schader-Stiftung und anderen Organisationen ausgelobt wurde, hat die agah am 26.03.2012 gerne erfüllt.

3.6.4 Mietrecht

Eine an die agah gerichtete Einzelanfrage wegen Nachbarschaftsstreitigkeiten in einem Mietverhältnis wurde vom agah-Vorstand ausführlich erörtert und die Einwirkungsmöglichkeiten geprüft. Der Fragestellerin wurde am 01.09.2011 mitgeteilt, dass eine Problemlösung „vor Ort“ erfolversprechend erscheint und ihr wurde geraten, den örtlichen Ausländerbeirat einzubeziehen.

Am 25.09.2010 besuchte ein Vertreter der agah eine Podiumsdiskussion anlässlich des "34. Hessischer Mietertag" (Veranstalter: Deutscher Mieterbund Landesverband Hessen e. V.) und auch an der wohnungspolitischen Kundgebung im Rahmen des 35. Hessischen Mietertages (Veranstalter: Deutscher Mieterbund Landesverband Hessen e. V. (DMB) am 15.09.2012 nahm ein Vertreter der agah teil.

3.6.5 Denkmalschutz/ Museen

Am 30.08.2011 nahmen Vertreter der agah am 1. Treffen der Projektgruppe "Migration und Museen" (Veranstalter: Diversity Kompetenz Centrum (Dikom)) teil, ebenso am 18.02.2016 an der Sitzung "Immaterielles Kulturerbe" (Veranstalter: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst).

3.6.6 Sonstiges

- Mit Schreiben vom 22.12.2011 kam die agah der Bitte um Abgabe einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) und zur Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge in Hessen nach. Grundsätzlich war nach Ansicht der agah die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als auch die vorgesehene gleichmäßige Heranziehung aller Grundstückseigentümer und damit die gleichmäßigere finanzielle Belastung der Abgabepflichtigen zu begrüßen. Der Anteil der Wohneigentümer unter den Haushalten mit Migrationshintergrund ist seit 1997 deutlich gestiegen. Menschen mit Migrationshintergrund finden sich allerdings noch oft in unteren und mittleren Einkommensgruppen, so dass es auch für sie von besonders großer Bedeutung ist, nicht zu einmaligen erheblichen Zahlungen herangezogen zu werden, sondern dass solche kommunalen Beiträge über einen längeren Zeitraum verteilt anfallen und zu zahlen sind. Die agah erhob gegen den Gesetzentwurf keine Einwände.

- Am 10.07.2013 besuchte ein Vertreter der agah den Empfang anlässlich der Verabschiedung des Landesverbandsdirektors und Mieterbund-Geschäftsführers (Veranstalter: Deutscher Mieterbund-Landesverband Hessen e.V., Mieterbund Wiesbaden und Umgebung e.V.), ebenso nahm die agah am 21.08.2013 am Verbandstag "Renaissance der Wohnungspolitik - Wohnungspolitik im Wahlkampf? Konkurrenz um (neue?) politische Rezepte" (Veranstalter: VdW südwest - Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.) teil.